

## Altengerechte Stadt – eine Stadt für alle Generationen

Keiner wird sich in ein Schneckenhaus zurückziehen können nach dem Motto: »Altengerechte Stadt – ist ja alles gut und schön, dann macht Ihr das mal. Ich brauche das alles nicht, ich habe mein Haus und das reicht mir.«

Solche Einstellungen gäbe es heute nicht mehr – meinen Sie, liebe Leserinnen und Leser? Die Realität sieht anders aus – bis auf einige wenige Ausnahmen planen und gestalten Städte und Kommunen spektakuläre Projekte, ohne auch nur einmal einen Gedanken darauf zu verschwenden, dass sich die Altersstrukturen unserer Gesellschaft stark verändern. Seit Jahrzehnten setzen sich engagierte Menschen dafür ein, dass älter werdende Menschen keine Bevölkerungsgruppe für sich sind, sondern teilhaben und mitreden bei der Gestaltung eines sozialen Umfeldes, das allen Altersgruppen der Gesellschaft gerecht wird.

Das Handbuch »Altengerechte Stadt«, in dem die Ergebnisse des Forschungsprojektes der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen übersichtlich und in einer eindringlichen Sprache zusammengestellt sind, lässt keine Ausrede mehr offen: »Davon habe ich nichts gewusst.«

Wichtig ist, dass für die Arbeit vor Ort Leitbilder für die altengerechte Stadt im Vordergrund stehen, nach denen älter werdende Menschen für sich und andere Gruppen aktiv werden und ihre Potenziale einbringen können.

Die LSV NRW ist stolz darauf, ein solches Projekt mit dem Büro für angewandte Soziologie durchgeführt zu

haben, um damit Anstöße zu geben und das Bewusstsein für das Bild vom Alter heute zu schärfen. Wir freuen uns darüber, dass dieses zukunftsweisende Projekt vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wurde und das Ministerium zusätzlich Mittel für die Beratung von Kommunen, Seniorenvertretungen etc. in diesem Jahr zur Verfügung gestellt hat.

Das Handbuch »Altengerechte Stadt« bildet sowohl einen Abschluss als auch einen Neuanfang. Denn nun gilt es weiter zu schauen! Altengerechte Städte sind nach unserem Verständnis immer Städte für alle Generationen.

Künftig müssten solche Planungen mit allen Altersgruppen durchgeführt werden, nach dem Motto: Stadtplanung für Menschen von 0 bis 110 Jahre. Ideen und Projekte sollten zusammengetragen oder gemeinsam entwickelt werden. An vielen Orten gibt es bereits Aktivitäten, die Generationen auch bei der Stadtplanung einbinden, statt sie zu trennen. Wir haben deshalb das Thema »Generationen« in den Mittelpunkt unserer nächsten Ausgabe im März 2006 gestellt.

Unsere Dezember-Ausgabe hat wieder einmal 16 Seiten – ein gutes Zeichen. Denn mit der steigenden Zahl von Seniorenvertretungen, die der LSV NRW nun angehören, wachsen auch die Informationen, die für unsere Arbeit vor Ort wichtig sind.

Von Seite 4 an berichten wir über die Regionalseminare, die immer stärker angenommen werden. Das Thema »Soziale Sicherheit« stand beim Wo-

chen-Seminar in Königswinter zur Diskussion. Gut präsent war die LSV NRW auf der Senioren-Messe »vitactiv« in Essen. (Seite 5). Wichtig für

die Arbeit vor Ort sind auch die Erläuterungen von Elke Zeller – Landesstelle Pflegende Angehörige – ebenfalls ein Projekt der LSV NRW. (Seite 7 und 8). Das Thema »Kommunale Pflegeberatung« wird am Beispiel von Stadt und Kreis Herford auf den Seiten 13, 14 und 15 dargestellt. Erfreulich, dass es soviel aus den kommunalen Seniorenvertretungen zu berichten gibt, zeugt dies doch von der aktiven Arbeit vor Ort.

Nun steht Weihnachten vor der Tür. Und bald darauf beginnt das Jahr 2006. Das Jahr 2005 war spannend – vor allem in der großen Politik. Schließlich haben wir erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine Bundeskanzlerin und nach Jahrzehnten wieder eine große Koalition. Mit Sicherheit werden wir uns von eingefahrenen Strukturen in allen Bereichen – auch in den sozialen – trennen müssen. Was wir Älteren uns dabei wünschen: Dass es der neuen Regierung gelingen möge, eine aufbauende, innovative Politik für alle Generationen umzusetzen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein aktives und gesundes Neues Jahr 2006.



Gaby Schnell

# Die Zeit drängt: Städte müssen sich veränderten Altersstrukturen offensiv stellen!

Seit Langem wissen die Städte, dass sie dem demografischen Wandel nicht ausweichen können. Die aktuellen Zahlen und die Prognosen dazu liegen den Fachabteilungen der Stadtverwaltungen vor. Aber nach wie vor gehen die meisten Städte eher zögerlich mit der Entwicklung um, dass demnächst weniger junge und mehr ältere Menschen in den Städten leben.

Doch das Thema wird brisanter. Die Zeit drängt, wenn es nicht teilweise schon für vorbeugende Konzepte und praktische Maßnahmen zu spät ist. Der Handlungsdruck wird in den nächsten Jahren massiv zunehmen. Wenn sich die Entscheidungsträger in den Kommunen der kollektiven Alterung für ihre Gemeinde annehmen, kommt oft noch die Unzulänglichkeit hinzu, dass dies vor dem Hintergrund der Problemperspektive des Alters getan wird. Dann findet teilweise eine Verkürzung der Debatte statt, in der der Focus auf die Frage gerichtet wird, wie der künftig steigende Pfl-

gebedarf zu bewältigen ist oder wie Wohnungen barrierefrei zu bauen sind. Eine verkürzte Sicht über das Alter wird auch daran deutlich, dass Konzepte zur Bewältigung des Alterungsprozesses nach wie vor oft mit dem Leitbegriff »Altenhilfe« versehen werden, obwohl schon lange klar ist, dass die Potenziale des Alters nicht unter dem Blick der »Hilfe« zu fördern sind. Auch hier bedarf es der Einleitung eines paradigmatischen Wechsels in der Altenpolitik: Ältere sind nicht zuerst unter dem Blickwinkel der Fürsorge und Betreuung zu sehen. Vielmehr geht es um die Schaffung von Strukturen in den Kommunen, die es ermöglichen, die Potenziale des Alters zur Anwendung zu bringen. Denn 80 Prozent der Menschen im Alter von 70 Jahren oder älter sind zu einer weitgehend selbstständigen Lebensführung in der Lage. Nur in dieser umfassenderen Betrachtung sind Probleme des steigenden Pflegebedarfs etc. gegenstandsadäquat zu bewältigen.

der LSV NRW in Münster, Gasselstiege 13, 48159 Münster oder beim Büro für angewandte Soziologie, Ravensberger Straße 34, 42117 Wuppertal, bestellt werden.

Grundlage für eine altersaktivierende Stadt ist eine Abkehr von einem negativen Altersbild, das die kommenden Generationen ausschließlich als ökonomische Belastung für das Gemeinwesen betrachten.

Demgegenüber ist zu betonen: Ältere Menschen besitzen erhebliche Potenziale, die für eine urbane Stadtentwicklung genutzt werden können. Zudem möchten sich ältere Menschen auch bürgerschaftlich engagieren, denn zu einem gelingenden Leben im Alter gehört die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. In einer Befragung haben Wohnungsunternehmen, Stadtverwaltungen und Seniorenvertretungen Partizipation im Alter als das wichtige Anliegen für die künftige Gestaltung der alternierenden Kommunen benannt. Allerdings existiert hier eine erhebliche Lücke zwischen dem Anspruch nach Mitgestaltung durch Ältere an Stadtentwicklung und der Realität.

Das Projektteam bietet Stadtverwaltungen, Wohnungsunternehmen unter anderem jetzt Beratungen an, um die Kompetenzen Älterer für die Kommunen zu nutzen.

Zur Entwicklung einer altengerechten Stadt wird auch auf die Seniorenvertretungen eine große Herausforderung zukommen. Sie befinden sich in der Schlüsselposition, über die Seniorinnen und Senioren die Chance haben, partizipative Prozesse voranzutreiben. Darüber hinaus wurde in dem Projekt der Landesseniorenvertretung deutlich, dass Maßnahmen für eine altengerechte Stadt, immer auch anderen Generationen zugute kommen. *Dr. Dietmar Köster*

### **ALTENGERECHTE STADT**



#### **PROJEKTTRÄGER**

Landesseniorenvertretung NRW



#### **FÖRDERUNG**

Ministerium für Generationen,  
Familie, Frauen und Integration



**PROJEKTDURCHFÜHRUNG**  
Büro für angewandte Soziologie

Vor diesem Hintergrund hat die Landesseniorenvertretung NRW das Projekt »Altengerechte Stadt« im Auftrag des jetzigen Generationenministeriums in der Zeit vom 1. Januar 2004 bis zum 31. August 2005 durchgeführt. Das Projektteam Altengerechte Stadt hat unter der Leitung von Prof. Dr. Herbert Grymer mit Dr. Dietmar Köster, Jan Zimmermann, Myrto Ranga, Melanie Krauss und Vera Schuster dazu jüngst ein Handbuch vorgelegt, in dem sie die wichtigsten Erkenntnisse des Projekts für die Praxis aufbereitet haben. Das Buch kann bei der Geschäftsstelle

## Wachsende Mitgliederzahlen

**D**rei neuen Mitgliedern entbietet der Vorstand der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) ein herzliches Willkommen!

Seit vergangenem Monat gehören der Seniorenbeirat der Stadt Oeynhausens, der Seniorenbeirat der Gemeinde Steinhagen und die Seniorenvertretung der Stadt Lohmar zur LSV NRW.

Wir freuen uns über die neuen Mitglieder und hoffen auch für das kommende Jahr auf steigende Mitgliederzahlen.

Sowohl für die neuen als auch für interessierte, zukünftige Mitglieder gilt: Haben Sie Fragen, sprechen Sie uns an. Wir stehen mit ausführlicher Beratung und Information zur Verfügung.

Für alle neuen und alten Mitglieder stehen bis April 2006 zwei wichtige Termine an:

- Das Seminar in Soest wird für die Zeit vom 13. bis 17. März 2006 angeboten. Programm und Einladung werden rechtzeitig versandt.
- Die Mitgliederversammlung findet am 6. April 2006 in Minden statt. E.S.



**I**n einem Gespräch mit Minister Armin Laschet, dem ersten Minister eines Generationenministeriums (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration), hatte die Landesseniorenvertretung die Möglichkeit zu einem ersten Kennenlernen und zur Vorstellung ihrer Tätigkeiten. Im Rahmen einer seit vielen Jahren ermöglichenden Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen konnte die Landesseniorenvertretung dabei auf eine vielfältige Themenpalette hinweisen. In dem Gespräch stellte die LSV NRW auch generationsübergreifende Projekte aus den kommunalen Seniorenvertretungen vor. Zudem wurden die Themen »Generationen« und die damit eng verknüpften, herrschenden »Altersbilder« in dem Gespräch aufgegriffen. Die Landesseniorenvertretung freut sich auf einen weiteren und kontinuierlichen Austausch. B.E.

*Bildmitte: Minister Armin Laschet, von links Referatsleiter für Seniorenpolitik, Peter Fettweis, LSV-Vorsitzende Dr. Uta Renn, wissenschaftliche Beraterin Barbara Eifert, stv. LSV-Vorsitzende Ruth Hunecke, Schatzmeister Wilhelm Krümpelmann, Schriftführerin Hildegard Jaekel, Beisitzerin Elli Köth-Feige, stv. Vorsitzender Egon Backes, kooptierte Mitglieder Heinz Diekel und Rolf Kauls (Foto)*

## Stellungnahme der LSV NRW

### zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission

**A**ufgrund eines Beschlusses des Landespflegeausschusses vom September dieses Jahres, war auch die LSV NRW als Mitglied dieses Gremiums, zu einer Stellungnahme zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Situation und Zukunft der Pflege in NRW« aufgefordert. Die Stellungnahme umfasst, neben einer positiven, allgemeinen Bewertung des Enquete-Berichtes, eine fachpolitische Bewertung der Handlungsempfehlungen sowie eine Bewertung der Prioritätensetzung und inhaltlichen Diskussion.

Zudem wird in der Stellungnahme aufgeführt, was im Bericht der Enquete-Kommission fehlt und welche Handlungsempfehlungen sich aus dem Enquete-Bericht für die Landesregierung ergeben.

Die Stellungnahme wird nun in die weiteren Beratungen des Landespflegeausschusses zum Umgang mit den Ergebnissen des Enquete-Berichtes einfließen.

Sie ist unter [www.lsv-nrw.de](http://www.lsv-nrw.de) abrufbar.

*Barbara Eifert*

### Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen	2
LSV aktiv	3 – 6
Landesstelle	
Pflegende Angehörige	7 – 8
Aus den Kommunalen Seniorenvertretungen	8 – 11
Handbuch	
Altengerechte Stadt	12
Pflegeberatung	13 – 15
Mitglieder der LAGSO stellen sich vor	16
Impressum	16

## Arnsberg

### Altengerecht ist auch generationengerecht

Referat und Diskussion über das Projekt der LSV NRW »Altengerechte Stadt« bestimmten den Ablauf des Regionalseminars unter der Leitung von Eleonore Köth-Feige im Sieger Rathhaus. Es ging um den Aspekt der Umsetzung in die Praxis. Prof. Dr. Herbert Grymer schilderte am Beispiel einer Senioren-Universität, die in Bad Meinberg aufgebaut werden soll, wie ein Vorhaben im vermeintlichen Interesse von Senioren zustande kommt, ohne diese Gruppe zu beteiligen. Sinnvoller wäre es, vor Beginn eines solchen Vorhabens bei der Zielgruppe den Bedarf zu erheben und sie bei der Gestaltung zu beteiligen.

In der Diskussion wurde der Begriff »altengerechte Stadt« kritisiert und darauf hingewiesen, dass eine altengerechte Stadt auch eine generationengerechte Stadt sei. *E.S.*

## Detmold

### Reger Erfahrungsaustausch

Zu einem lebhaften Erfahrungsaustausch führten die Berichte der 25 Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter über ihre Arbeit vor Ort im Regierungsbezirk Detmold. Die Leitung des Regionalseminars lag in den Händen der stellvertretenden LSV-Vorsitzenden Ruth Hunecke und des Schatzmeisters Wilhelm Krümpelmann. Zuvor waren die Abschlussergebnisse des LSV-Projektes »Altengerechte Stadt« von Mitgliedern des Projektteams vorgestellt und von den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern in drei Arbeitsgruppen intensiv diskutiert worden. LSV-Schatzmeister Wilhelm Krümpelmann erläuterte das neue Projekt »Fit für 100 – Bewegungsangebote für Hochaltrige in Heimen und Tagespflegeeinrichtungen«. Das Projekt befindet sich seit Juni 2005 in Trägerschaft des Institutes für Sportwissenschaften und Sport, Bonn, und wird von der LSV mit einem Arbeitsteam und dem

Landessportbund NRW begleitet. Erste Ergebnisse sind im Sommer/Herbst 2007 zu erwarten.

Im Jahre 2006 wird das Regionalseminar für den Regierungsbezirk Detmold in Dörentrup veranstaltet.

*Wilhelm Krümpelmann*

## Münster

### Aktive Mitarbeit der Teilnehmer

Insgesamt 46 Teilnehmer und damit fast 100 Prozent der Seniorenvertretungen aus dem Regierungsbezirk Münster nahmen am Regionalseminar unter der Leitung von Gaby Schnell und Heinz Diekel in Ascheberg teil. Die gute Organisation vor Ort, die der Seniorenbeirat Ascheberg geleistet hatte, sicherte einen harmonischen Ablauf der Veranstaltung.

Große Aufmerksamkeit fand das Referat über das Projekt der Landes-seniorenvertretung »Altengerechte Stadt«, das von Prof. Dr. H. Grymer und Jan Christoph Zimmermann vorgetragen wurde.

Durch die anschließende rege Beteiligung an den einzelnen Arbeitsgruppen wurde ein Ergebnis präsentiert, das einen Abriss über wichtige Aktivitäten der einzelnen Kommunen in der Region Münsterland zeigte und eine Vielzahl von gegenseitigen Impulsen freisetzte. *E.S.*

### Wochen-Seminar in Königswinter

Das Seminar, geleitet von der Vorsitzenden der LSV NRW, Dr. Uta Renn, zeigte die Erwartungshaltung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in punkto Hinzulernen und Aktualisieren des eigenen Wissensstandes, bedingt durch die rasche Entwicklung in vielen Bereichen der Seniorenarbeit und der Seniorenpolitik. Dies zu erreichen, war das Ziel des gesamten Seminars.

Karin Nell vom Evangelischen Erwachsenenbildungswerk NRW Düs-

seldorf zeigte anhand praktischer Beispiele einen Überblick über innovative Ansätze in der Arbeit mit älter werdenden Menschen.

Das Referat von Dr. Eckart Schnabel, (Institut für Gerontologie, Dortmund) zum Thema »Entwicklungen in der Pflegeversicherung« gab einen guten Überblick über den augenblicklichen Status der Pflegeversicherung und zeigte Möglichkeiten, Chancen und Risiken bei der Einführung eines Pflegebudgets auf.

Auf großes Interesse stieß das Thema »Kommunales Recht und sachkundige Einwohner« von Jürgen Kupferschmidt, Amtsleiter des Rates und des Oberbürgermeisters in Münster. Intensives Nachfragen der Zuhörerinnen und Zuhörer erweiterten das Spektrum des Referates von Jürgen Kupferschmidt.

Herbert Staub vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Stuttgart referierte zum Thema »Gesundheitsprämie oder Bürgerversicherung«. Nicht nur durch die politische Umstrukturierung, sondern auch durch die allgemeine Situation in der Krankenversicherung und Pflegeversicherung stehen beide Versicherungen vor einem großen und teilweise schmerzhaften Umbruch. Die Wege und Möglichkeiten, die Herbert Staub aufzeigte, sind zwar keine Wege aus der Krise, weisen jedoch eine machbare Änderung und einen Schritt in die Zukunft.

Praktische Tipps für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Seniorenarbeit für die politische Arbeit in den Kommunen vor Ort gab Annette Goebel von der Koordinierungsstelle Altenarbeit bei der Stadt Lünen unter dem Thema »Neue Herausforderungen für die Arbeit der Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter«. Bei diesem Vortrag ging es vor allem um das Bewältigen der Arbeit der Seniorenvertretungen in den eigenen Kommunen.

Dr. Sabine Reuter, Oberärztin der Geriatrie im Marien-Hospital in Köln berichtete aus ihrer täglichen Arbeit über die Versorgung im Alter und gab

einen durchaus kritischen Bericht zum Thema »Aktuelle Gesundheitspolitik auf dem Prüfstand«. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern machte sich eine große Betroffenheit bemerkbar, die durch viele Verständnisfragen aufgearbeitet wurde.

Eine romantische Rheinschiffahrt nach Bonn und der Besuch des »Hauses der Geschichte« auf der Museumsmeile sowie die gemeinsame Freizeit an den Abenden führten zu einem entspannten und freundlichen Miteinander aller Teilnehmer.

*Gaby Schnell*

## Tendenz am Büchertisch auf der »vitactiv«

Offensichtlich interessierten sich älter werdende Menschen weniger für die Probleme, die mit dem Alter auf sie zukommen. Viel größeres Interesse zeigten die Kundinnen und Kunden des umfangreichen Büchertisches auf der »vitactiv« in Essen an Ratgeberbüchern zum Thema Gesundheit und Fitness.

»Groß war das Interesse auch an Spielen fürs Gedächtnistraining wie zum Beispiel ‚Think‘«, berichtete die Mitinhaberin der Hombrucher Buchhandlung aus Dortmund, Helga Brück-Harthan.

Gut gelaufen sei auch der Comicband von Mary Marks »Keiner welkt so schön wie Du«.

Ebenso das Buch von Dieter Hildebrandt »Jünger werden mit den Jahren – Gedichte vom Älterwerden«. Auch eine Reise zu den Ältesten der Welt mit dem Haupttitel »Das Buch des Lebens« von Andrew Jackson sei ein Renner gewesen.

*Elke Seul*

*»Der Alte verliert eines der größten Menschenrechte; er wird nicht mehr von Seinesgleichen beurteilt«.*

*Goethe*



*In diesem Jahr trafen sich Vorstand und wissenschaftliche Beratung zu ihrer jährlichen Klausurtagung am Rhein, im Arbeitnehmerzentrum in Königswinter. Hier wurde eine Bilanz für das Jahr 2005 gezogen und die Arbeit für 2006 geplant und abgestimmt. V.l. Wilhelm Krümpelmann, Dr. Uta Renn, Hilde Jaekel, Egon Backes, Rolf Kauls, Ruth Hunecke, Barbara Eifert, Gaby Schnell und Elli Köth-Feige. Nicht auf dem Foto Heinz Diekel*

## Seniorenmesse »vitactiv« In Essen

**»Wie Alt und Jung miteinander leben, wird das Thema der Zukunft sein.«**

**A**lt oder Jung: Wem gehört die Zukunft? Unter diesem Motto eröffnete der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, gemeinsam mit der Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung NRW, Dr. Uta Renn, die Senioren-Messe. Die wachsende Resonanz auf die alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung wertet der Minister als ein deutliches Zeichen dafür, dass die Themen rund um das Alter immer mehr an Bedeutung gewinnen. »Die Frage, wie Alt und Jung miteinander leben, wird das Thema der Zukunft sein« sagte der Minister.

So war es auch kein Wunder, dass der Stand der Landesseniorenvertretung NRW Ziel vieler Seniorinnen und Senioren war, die sich informierten, Fragen stellten und Info-Material mitnahmen. Erstmals mit dabei waren Elke Zeller und Antje Brandt von der Landesstelle pflegende Angehörige der LSV NRW.

Als Ergebnis des Forschungs- und Entwicklungsprojektes »Altengerechte Stadt« überreichte die Vorsitzende Dr. Uta Renn dem Minister das aktuelle Handbuch mit den Ergebnissen des Projektes und hob ihren Dank für die Trägerschaft für das Projekt hervor.

Im Beisein der Landesseniorenvertretung NRW zeichnete Minister Armin Laschet Produkte und Dienstleistungen für Ältere aus und überreichte in der Reihenfolge den Herstellern den Innovationspreis 2005. Vorstandsmitglied Hilde Jaekel war bei der Auswahl der Preisträger als Vertreterin der LSV NRW beteiligt.

Im Rahmen Forum Seniorenarbeit stellten sich Vorstandsvertreter der Landesseniorenvertretung NRW unter der Moderation der wissenschaftlichen Beraterin der LSV, Barbara Eifert, den Fragen der Zuschauer. Im Forum 1 war Ruth Hunecke zur Frage »Wohnen im Alter: Allein, gemeinsam

# LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

im Heim?» zuständig. Im Forum 2 sagte Eleonore Köth-Feige ihre Meinung zum Engagement und Ehrenamt: »Gebraucht, geehrt und ausgenutzt?« und im Forum 3 war Egon Backes Ansprechpartner zum Thema »Generationen: Gerechtigkeit oder Konkurrenz?«

Fazit der Messe: Es waren zwei schöne anstrengende Tage. Sie zeigten auf, dass der Austausch von Informationen untereinander, das Kennenlernen, gemeinsamer Erfahrungsaustausch der Seniorenvertretungen und Anregungen zu holen für die eigene Arbeit vor Ort eine wichtige Sache ist. Hoffentlich bleibt die Seniorenmesse »vitactiv« in den nächsten Jahren erhalten.

*Eleonore Köth-Feige; Rolf Kauls*



*Minister Armin Laschet (rechts) erhält von der Vorsitzenden der LSV Dr. Uta Renn ein druckfrisches Exemplar des soeben erschienenen Handbuchs zum Projekt »Altengerechte Stadt«.*

## GERICHTSENTSCHEID STELLT SOLIDARITÄT FÜR SOZIALSCHWACHE AUF DEN PRÜFSTAND

**A**ls Beispiel für massive Altersdiskriminierung betrachtet der Vorstand der Landesseniorenvertretung die Entscheidung des Dortmunder Sozialgerichts zur so genannten 58er-Regelung. Ältere Arbeitslose haben seit Januar 2005 keinen Anspruch auf Fortzahlung der früheren »Arbeitslosenhilfe unter erleichterten Voraussetzungen« nach der so genannten 58er-Regelung. (Az.: S 35 AS 22/05 vom 23. November).

Nehmen Arbeitslose die 58er-Regelung in Anspruch, müssen sie dem Arbeitsmarkt nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Sie verzichten damit auf eine Jobvermittlung und fallen aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Beantragt werden kann sie von Arbeitslosen, die mindestens 58 Jahre alt sind. Nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes nach 32 Monaten erhalten sie bis zum Rentenbeginn Arbeitslosengeld II. Die Regelung läuft Ende des Jahres aus.

Geklagt hatte eine 60-jährige Arbeitslose aus Bönen (Kreis Unna), die bis Ende 2004 monatlich rund 300 Euro Arbeitslosenhilfe bezogen hatte. Von Januar an erhielt sie monatlich nur noch 190 Euro Arbeitslosengeld II. Die

Klägerin machte geltend, auf der Grundlage der 58er-Regelung gegenüber der Agentur für Arbeit Bestandschutz auf Weiterzahlung der Arbeitslosenhilfe in der bisherigen Höhe zu besitzen. Das Sozialgericht Dortmund aber wies die Klage ab. Arbeitslosenhilfe werde seit Einführung des Sozialgesetzbuches II zum Jahresbeginn nicht mehr gewährt. Der Leistungsanspruch sei nicht durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes geschützt, weil die Arbeitslosenhilfe nicht aus Sozialversicherungsbeiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert worden sei. Außerdem verfolge der Gesetzgeber mit der Anpassung der Sozialausgaben an eine geänderte Wirtschaftslage wichtige Gemeinwohlinteressen, so das Gericht.

Die 58er-Regelung darf nach Meinung des Vorstandes der LSV NRW nicht dazu führen, dass ältere Arbeitslose damit endgültig abgeschrieben sind. Vielmehr müsse die Arbeitsagentur für Arbeit alle Möglichkeiten ausschöpfen, auch ältere Arbeitnehmer wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Hier ist, so der Vorstand, auch ein Umdenken der Arbeitgeber notwendig.

Begrüßenswert sei das Bekenntnis von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass sich Schwache weiterhin auf die Hilfe der Solidargemeinschaft verlassen können. Dies müsse dann aber auch bei den Belastungen, die Kleinrentner durch Dauer-Nullrunden und eine eventuelle Mehrwertsteuererhöhung hinnehmen, spürbar werden.

Ebenso gelte die Solidaritäts-Bekundung nach Meinung des LSV-Vorstandes für das Antidiskriminierungs-gesetz. Werden die EU-Richtlinien wie angekündigt 1:1 umgesetzt, führe das zu Diskriminierungen für ältere und behinderte Menschen.

### Tagung zum Thema Altersdiskriminierung

Am 12. Dezember fand im Maternushaus in Köln eine Tagung zum Thema Altersdiskriminierung statt. Veranstalter wurde die Tagung vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, dem Kuratorium Deutsche Altershilfe, der LSV NRW und des Landespräventionsrates. Einen ausführlichen Bericht dazu lesen Sie in der Ausgabe 55.

# LANDESSTELLE PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

## Verhinderungs- oder Ersatzpflege – kein Buch mit sieben Siegeln

**P**flegerische Angehörige sind meistens sehr beansprucht und haben wenig Zeit für sich. Was ist, wenn sie mal Urlaub brauchen oder krank werden? Dann kann Verhinderungspflege (auch Ersatzpflege genannt) in Anspruch genommen werden.

**Anspruch auf Leistungen der Verhinderungspflege** hat man, wenn die Pflegeperson, zum Beispiel Ehepartner oder Ehepartnerin, Tochter, Sohn, Enkelin oder Lebenspartner oder Lebenspartnerin wegen

- Krankheit
- Erholungsurlaub
- oder anderen Gründen, zum Beispiel Kur

an der Pflege ihres Angehörigen gehindert ist.

### Wie hoch sind die Leistungen?

Pro Kalenderjahr erhält man bis zu 1.432,00 Euro. Dieser Anspruch lebt jedes Jahr wieder neu auf. Man kann beispielsweise im November Leistungen der Verhinderungspflege erhalten, weil man zur Kur fährt. Im Januar können erneut Leistungen der Verhinderungspflege bezogen werden, wenn man beispielsweise ins Krankenhaus muss. Die Kosten einer Ersatzpflege werden für längstens vier Wochen pro Jahr erstattet.

### Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Eine Pflegestufe ist die grundsätzliche Voraussetzung. Die meisten Pflegekassen setzen voraus, dass diese Pflegestufe seit mindestens einem Jahr zuerkannt ist. Der Gesetzestext macht hierzu jedoch keine eindeutige Aussage. Kann glaubhaft gemacht werden, dass seit einem Jahr gepflegt wird, zahlt manche Kasse auch die Verhinderungspflege, wenn die Pflegestufe noch nicht seit einem Jahr zuerkannt wurde. Es lohnt sich also immer, im Vorfeld bei der Pflegekasse des Pflegebedürftigen nachzufragen.

### Unter welchen Voraussetzungen erhalten Verwandte die Leistungen der Verhinderungspflege?

Verwandte oder Verschwägte bis zum zweiten Grad erhalten Leistungen der Verhinderungspflege nur in Form von Fahrtkosten oder als Ersatzleistung bei Verdienstausschlag. Denn der Gesetzgeber geht davon aus, dass Verwandte die Pflege innerhalb des Familienkreises nicht erwerbsmäßig leisten. Sie können an Stelle der Hauptpflegeperson das normale Pflegegeld erhalten.

Fahrtkosten wie öffentliche Verkehrsmittel oder Kilometergeld beim PKW oder ein vom Arbeitgeber bescheinigter Verdienstausschlag können aber bis zur oben genannten Höchstgrenze geltend gemacht werden.

Als Verwandte oder Verschwägte bis zum zweiten Grad gelten

- die Kinder, Eltern, Enkelkinder und Großeltern,
- die Geschwister,
- die Stiefkinder, Stiefeltern, Stiefenkelkinder,
- die Schwiegerkinder, Schwiegereltern, Schwiegerenkel (Ehepartner der Enkel)
- Schwager/Schwägerin
- Großeltern des Ehepartners, Stiefgroßeltern.

### Können Nachbarn oder Freunde die Verhinderungspflege übernehmen?

Hat man keine Angehörigen, die vertretungsweise pflegen würden, können Nachbarn oder Freunde einspringen. Es muss sich um keine professionellen Pflegekräfte handeln. Mit der Nachbarin oder mit Freunden kann man dann beispielsweise einen Tagessatz vereinbaren und diesen innerhalb der oben genannten Höchstgrenze mit der Pflegekasse abrechnen.

Grundsätzlich empfiehlt es sich immer, die Leistungen der Verhinderungspflege vor einem Urlaub der Hauptpflegeperson mit der Pflegekasse des Pflegebedürftigen abzustimmen. Denn die Erfahrung hat gezeigt, dass die Pflegekassen nicht immer einheitliche Verfahrensweisen haben. Die Auskunft der Kasse A kann durchaus von der Auskunft der Kasse B abweichen.

Ein vorheriger Antrag ist keine Leistungsvoraussetzung und beim plötzlichen krankheitsbedingten Ausfall der Pflegeperson auch nicht möglich. Dann muss schnell gehandelt und die Ersatzpflege organisiert werden.

### Kann Verhinderungspflege auch stundenweise beansprucht werden?

Leistungen der Verhinderungspflege können übrigens auch stundenweise, beispielsweise für einen freien Nachmittag, abgerufen werden. Eine Anrechnung auf die Höchstdauer von 28 Tagen im Jahr erfolgt in diesem Falle nicht.

Lassen Sie sich als pflegender Angehöriger im Zweifelsfall von der Landesstelle Pflegende Angehörige, Tel. 0800-220 4400, beraten oder fragen Sie ihre örtliche Pflegeberatungsstelle.

*Elke Zeller  
Landesstelle Pflegende Angehörige*

*»Wie und was wir  
in unserem Alter sind,  
ist das Resultat  
eines lebenslangen Prozesses.  
Deshalb ist niemand zu jung,  
um sich mit dem Alter und  
dem Altern zu befassen.«*

*Unbekannter Verfasser*

## Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige im Internet abrufbar

Die Landesstelle Pflegende Angehörige hat eine neue informative Homepage, die unter [www.lpfarnrw.de](http://www.lpfarnrw.de) zu finden ist. Analog zur Broschüre »18 Fragen zum Thema Häusliche Pflege« werden dort häufig gestellte Fragen pflegender Angehöriger beantwortet. Die beliebte Broschüre kann auch im PDF-Format heruntergeladen werden. Das Informationsangebot im Internet wird nach und nach ausgebaut.

Auch können Pflegeberatungsstellen und Wohnberatungsstellen in der Nä-

he recherchiert werden. Darüber hinaus sind per Postleitzahleingabe Unterstützungsangebote vor Ort abrufbar. Alle Altenheime, ambulanten Pflegedienste, Kurzzeitpflegeeinrichtungen, Tagespflegehäuser, Nachtpflegeangebote und stundenweise Entlastungsangebote, die einen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen beziehungsweise die Anerkennung des Versorgungsamtes haben, sind damit leicht zu finden. Diese Daten wurden uns vom Bundesverband der Betriebskrankenkassen sowie

vom Versorgungsamt zur Verfügung gestellt.

Die Dokumentation der Tagung »Pflegende Angehörige – Zu Hause pflegen – Chancen und Möglichkeiten«, die am 14. April 2005 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen stattfand, ist ebenfalls auf die Homepage gestellt worden. Die meisten Referentinnen und Referenten haben uns ihren Vortrag in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Wer mag, kann interessante Beiträge noch einmal nachlesen.  
*Elke Zeller*

## AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

### KIRCHLENGERN

#### Seniorenbeirat dankt Schülerinnen

In jedem Jahr veranstaltet die Kommunalgemeinde Kirchlegern einen Nachmittag für Seniorinnen und Senioren, an dessen Planung auch der Seniorenbeirat beteiligt ist. Nach einem bunten Programm mit Kaffee und Kuchen erhalten die ältesten Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Präsent.

In diesem Jahr gab es für die Anwesenden noch eine Überraschung: Auf Anregung des Seniorenbeirats wurden Schülerinnen der Erich-Kästner-Gesamtschule für ihr Engagement bei der Betreuung von Bewohnerinnen und Bewohnern des AWO Seniorenzentrums mit Gutscheinen für das »Kommunale Kino« und das Freizeitbad beschenkt.

Im Sommer 2004 begann das Projekt »Jung und Alt« zwischen dem Seniorenzentrum und der Gesamtschule.

Einmal in der Woche verbringen die Schülerinnen rund eine Stunde im Seniorenzentrum, um mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zu spielen, ihnen vorzulesen, mit ihnen zu basteln und zu malen oder sich mit ihnen über interessante Themen zu unterhalten.



*Die alte Dame hat sich schon lange auf den Besuch des jungen Mädchens gefreut.*

Damit Spaziergänge und Ausfahrten mit Rollstühlen gefahrlos sind, machten die Schülerinnen einen »Rollstuhlführerschein«.

Das Projekt wird von Frau Sager, Sozialpädagogin im Seniorenzentrum, und Frau Lübemann und Frau Bering, Lehrerinnen an der Gesamtschule, betreut.

Es ist hoch anzuerkennen, dass sich die Schülerinnen dieses Projekt aus der Vielzahl anderer Projekte ausgesucht haben und ihre Zeit mit viel Lie-

be und Phantasie älteren Menschen schenken. Beide Seiten ziehen einen großen Gewinn daraus: Ältere leben durch die Kontakte zu jüngeren Menschen auf. Die Jungen sammeln Erfahrungen, die sie, die überwiegend in Kleinfamilien aufwachsen, sonst nicht machen könnten.

Solche Projekte bestehen auch schon in anderen Orten, zum Beispiel in der Nachbarstadt Bünde zwischen dem »Jakobi-Haus« und der Realschule.

*Seniorenbeirat Kirchlegern*



## WALTROP

### Neuer Seniorenbeirat konstituierte sich

Voll besetzt war der kleine Saal der Stadthalle. 32 Delegierte von elf Verbänden, Vereinen und Institutionen wählten fünf stimmberechtigte Mitglieder einschließlich Stellvertreter/innen. Gewählt wurden M. Schäferhoff (Caritasverband Waltrop), W. Speckbrock (kath. Kirche), E. Kruszinski (Sozialverband Deutschland), E. Trottenberg (Deutsches Rotes Kreuz).

Für die Auswahl hatten sich 23 Bürgerinnen und Bürger gemeldet, 19 nahmen am Losverfahren teil. Es wurden folgende stimmberechtigte Mitglieder ausgelost D. Ittrich, E. Holtmann, Karin Unnerstall, Margarete Hübner und H. Weber. Die nicht ausgelosten Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich in Arbeitsgruppen zu engagieren. Komplettiert wird der Seniorenbeirat durch fünf nicht stimmberechtigte Mitglieder der Ratsfraktionen.

## RHEINE

### Begeistert von den Dolomiten

Wo die Dolomiten am schönsten sind: Unter dieses anspruchsvolle Motto hatte Albert Möllerferk seine vierte Südtirolfahrt für den Seniorenbeirat der Stadt gestellt. Zu Recht, wie alle 44 Teilnehmer nach der Rückkehr begeistert feststellten.

Der Reiseleiter hatte auf Grund seiner umfassenden Kenntnisse ein zehntägiges Programm zusammengestellt, das alle markanten Bereiche der an Naturschönheiten reichen Ostdolomiten, aber auch alte Kultur und Kunst, das tägliche Leben früher und heute und die auch leidvolle Geschichte Südtirols im letzten Jahrhundert zum Inhalt hatte.

Begeistert waren die Teilnehmer von der grandiosen Bergwelt. Ein Teil der Gruppe wagte sogar den Aufstieg auf den 2454 Meter hohen Paternsattel unmittelbar unter den 500 Meter senkrecht abstürzenden Drei Zinnen.



Die Rheiner Seniorengruppe am Kloster Neustift.

Trotz des vielseitigen Programms der Fahrt blieben die einzelnen Tage immer stressfrei, seniorengerecht, wenn man einmal von der staureichen Hin- und Rückfahrt absieht. Kein Wunder, dass der Ruf nach weiteren Fahrten des Seniorenbeirats der Stadt deutlich wurde. Peter Leroy

## ZUSAMMENSPIEL DER GENERATIONEN

### Senioren engagieren sich in Kindergärten im Kreis Unna



Eleonore Köth-Feige liest vor.

Im Rahmen eines Modellprojektes im Kreis Unna engagieren sich in 34 Kindertageseinrichtungen der Arbeiterwohlfahrt Seniorinnen und Senioren. Ganz nach ihren Neigungen haben sie die Möglichkeit mit den Kindern zu singen, kochen, backen, schreibern, basteln, vorzulesen oder Sprachen zu vermitteln.

Seit 1999 gibt es das »Zusammenspiel« von Jung und Alt. Die Generationen profitieren voneinander. Eine Kindergartenleiterin brachte es auf den Punkt: »Senioren haben meistens

das, was wir nicht mehr haben: Zeit.« Viele Kinder haben auch keine Großeltern, die ihnen vorlesen oder mit ihnen spielen könnten. Und viele Senioren haben auch keine Enkel. Für solche Lebenssituationen ist dieses Projekt bestens geeignet und empfehlenswert.

Eleonore Köth-Feige, Vorstandsmitglied der LSV NRW, hat gerne die Aufgabe »Haus der Kleinen Racker« im AWO-Kindergarten Lünen übernommen und ist dort die neue »Vorlese-Omi«.

### Ehrung für Engagement

Am 2. Dezember wurden Cläre Lackmann und Elli Warias vom Seniorenbeirat Gladbeck für ihr vielfältiges Engagement von Minister Armin Laschet mit dem »Landesnachweis NRW – engagiert im sozialen Ehrenamt« ausgezeichnet. Aktuell sind die Beiden mit Rolf Kauls und anderen für das Projekt »Schulwegbegleiter« engagiert.

Das Projekt stellen wir in der nächsten Ausgabe der NUN REDEN WIR vor.



## Der Seniorenrat war ihr Leben

Doris Auge, die ehemalige und langjährige Vorsitzende des Seniorenrates **RECKLINGHAUSEN** ist am 31. Oktober 2005, im Alter von 77 Jahren, plötzlich und unerwartet gestorben.

Wer sie kannte, wird sich an Doris Auge als eine Frau mit hoher Präsenz, unermüdlichem Engagement und Temperament erinnern. Für die Entwicklung und Etablierung des Seniorenrates in Recklinghausen hat sie sich mit Elan, Kraft und manchmal sicher auch mit Ungeduld eingesetzt. »Der Seniorenrat« sagte sie häufig »ist mein Leben«. Gemeinsam mit anderen, hat sie viel bewirkt und stets die Seniorinnen und Senioren im Blick gehabt. Auch innerhalb der Landesseniorenvertretung war sie mit viel Engagement bei der Sache. Zu erinnern ist dabei beispielhaft an ihren großen Einsatz für die Unterschriftenkampagne zur Einbindung der Seniorenvertretungen in die Gemeindeordnung NRW.



Doris Auge †

Menschen, die sich wie Doris Auge in hohem Maße einsetzten, die ideenreich und dabei auch streitbar sind, gibt es nicht zahlreich.

Auch in der Landesseniorenvertretung wird sie als engagierte Mitstreiterin, vor allem aber auch als Mensch mit Verstand und viel Herz vermisst.

Barbara Eifert

Mit 75 für ein Ratsmandat zu kandidieren, sei unmöglich, ebenso mit 70 Jahren als Berater bei der Telefonseelsorge anzufangen. Seine Stadt allerdings kann da Besseres aufweisen: Der Arnsberger Seniorenbeirat verstehe sich als Aktivierungsinstrument, das wichtige bürgerschaftliche Initiativen auf den Weg bringe.

Prof. Dr. Christiane Rohleder von der Katholischen Fachhochschule betonte, seniorenfreundlich heiße oft auch familienfreundlich. Rohleder wies auf steigenden vorparlamentarischen Beratungsbedarf hin, da Parteien offenbar nicht alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten könnten.

»Es geht hier nicht um Sonderrechte, sondern um die Chance, realistische Altersbilder in die Politik einzubringen«, betonte Barbara Eifert vom Dortmunder Institut für Gerontologie und wissenschaftliche Beraterin der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen.

Elke Seul nach Auszügen aus »Westfälische Nachrichten« und »Münstersche Zeitung«.

## DORSTEN

### Seniorenbeirat präsentiert erste Seniorenmesse

Rund 30 Aussteller hatten auf der ersten Seniorenmesse in Dorsten in der Volkshochschule ihre Stände aufgeschlagen. Viele Produkte und Ideen zur Erleichterung des Alltags der älteren Generation wurden präsentiert.

Die Aussteller beurteilten die gut besuchte Messe durchweg positiv. Vielen Älteren sei nicht bekannt, dass es zum Beispiel Geräte wie elektrische Lesehilfen gebe. Manches übernehme auch die Krankenkasse, wenn es ältere Menschen denn bekannt ist. Genau das war das Anliegen des Vorsitzenden des Seniorenbeirat Dieter Jaekel und seiner Frau Hildegard, Stellvertreterin und Ideengeberin. Gemeinsam mit acht ehrenamtlichen Helfern, alle Mitarbeiter der Seniorenagentur, einer Beratungsstelle für Ältere, haben Dieter und Hildegard Jaekel geplant, vorbereitet und aufgebaut.

Die zahlreichen Besucher und die insgesamt positive Resonanz ermuntert, in zwei Jahren das Angebot noch zu erweitern. E.S.

## GREVEN

### Seniorentage werden zum Publikumsmagnet

Greven soll nicht nur eine familien-gerechte, sondern auch eine senioren-gerechte Stadt werden«, sagte Bürgermeister Dr. Olaf Gericke in seiner Ansprache anlässlich der zweiten Grevenener Seniorentage. Senioren wollten und sollten mitreden, so der Bürgermeister.

Die Seniorentage mit rund 1.200 Besuchern und 44 Ausstellern wurden ein voller Erfolg.

Die Mitglieder des Vorstandes der LSV NRW Gaby Schnell und Heinz Diekel dankten dem engagierten Seniorenbeirat und dessen Vorstand, der von Herbert Kortmann verantwortungsvoll und erfolgreich geleitet werde. E.S.

## MÜNSTER

### Nur Befürworter beim Hearing um Seniorenvertretung

Seit einigen Jahren haben sich in Münster engagierte Bürger dafür eingesetzt, eine demokratisch legitimierte kommunale Seniorenvertretung einzurichten. Aber daran scheiden sich bis heute im Rat der Stadt die Geister.

Eine von der Stadt einberufene Runde von Expertinnen und Experten zu diesem Thema sprach sich eindeutig für eine kommunale Seniorenvertretung aus. Wie groß das Interesse an einer solchen Institution ist zeigt, dass rund 300 Zuhörerinnen und Zuhörer in den Rathausfestsaal gekommen waren.

Einstimmig sprachen sich die Fachleute aus Wissenschaft und Praxis für Seniorenvertretung aus.

Arnsbergs Bürgermeister, Hans-Josef Vogel, bestätigte, dass Senioren ausgrenzt würden, auch in der Politik.

## OLPE

### Neue Kultur des Alterns gefordert

**A**ltengerechte Stadt – wo stehen wir in Olpe? Ein Thema, das die Arbeitsgemeinschaft Olper Senioren beschäftigte. Im Rahmen der Seniorenwoche war der stellvertretende Vorsitzende der LSV NRW, Egon Backes, zu einer Podiumsdiskussion eingeladen worden. Er stellte die Ziele eines Projektes der Landesseniorenvertretung NRW vor, dessen Titel »Altengerechte Stadt« nicht bedeute, dass eine Stadt in ihrer Gesamtheit altengerecht werden soll. »Vielmehr soll durch Maßnahmen eine Entwicklung eingeleitet werden, die auch Älteren ein selbstbestimmtes Leben in der Stadt möglich macht. Das erklärte Projektziel für Jung und Alt – eine Stadt für alle Generationen,« sagte Egon Backes.

Im Jahr 2020 werde der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in NRW von jetzt 24,3 Prozent auf 28,2 Prozent ansteigen. Daher sei eine neue Kultur des Alterns gefordert, die Teilhabe, Mitbestimmung und Eigenverantwortung beinhaltet. »Bei der Entwicklung des neuen Leitbildes können Seniorenvertretungen eine wichtige Rolle spielen«, betonte Backes.

Der demografische Wandel mache sich auch im Kreis Olpe bemerkbar, so Michael Färber, Fachbereichsleiter Jugend, Gesundheit und Soziales bei der Kreisverwaltung. »Es kommen gesellschaftliche Herausforderungen auf uns zu und es ist wichtig, dieses Problem nicht als Problem der Verwaltung, sondern als gemeinsames Problem anzusehen«, sagte Färber.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Abends äußerten den Wunsch nach einem alternativen Wohnforum für Jung und Alt in Form eines Mehrgenerationenhauses, wo Einer dem Anderen helfen kann. Wichtig sei, solche Einrichtungen zentral, mitten im Leben und nicht am Stadtrand oder gar auf Anhöhen anzusiedeln.

Azg. »Siegener Zeitung« vom 16.9.05

## MINDEN

### Seniorenbeirat fordert geriatrische Abteilung

**D**er bereits Ende 2004 vom Vorsitzenden des Seniorenbeirates der Stadt Minden, Dieter Pohl und dem Landrat des Kreises Minden-Lübbecke, Wilhelm Krömer, geplante Tag der Seniorinnen und Senioren wurde ein voller Erfolg.

Rund 600 Bürgerinnen und Bürger waren in die Stadthalle Minden gekommen. Landrat Wilhelm Krömer, der Bürgermeister der Stadt Minden, Michael Buhre und die stellvertretende Vorsitzende der LSV-NRW, Ruth Hunecke sprachen Grußworte.

Der Landrat ging unter anderem auf die Forderung nach einer Geriatrischen Abteilung (Lehre von den Krankheiten des alten Menschen) im neuen Klinikum Minden ein, die Dieter Pohl vorgebracht hatte und erklärte, dass alles darauf hinauslaufe, eine geriatrische Abteilung (60 Betten!) einzurichten.

Ruth Hunecke wies auf die Jubiläumsveranstaltung der Landesseniorenvertretung im Jahr 2006 hin, die im April in Minden durchgeführt werden soll.

Dieter Pohl würdigte die besonderen Verdienste von Wilhelm Krümpelmann, Schatzmeister der LSV-NRW, um die sportliche Betätigung der alten Menschen in Alters- und Pflegeheimen.

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Minden erinnerte die Politiker daran, dass die Menschen immer älter werden und dies viele Vorteile für die Gesellschaft mit sich bringe. Dieter Pohl erklärte, dass auch die Werbung dies langsam begriffen habe.

Der Seniorentag, der bei gemeinsamen Gesprächen mit Kaffee und Kuchen – gespendet vom Seniorenbeirat – begann, wurde musikalisch umrahmt vom Landespolizei-Orchester NRW unter Leitung von Scott Lawton, bekannt durch das Deutsche Filmorchester Babelsberg sowie durch den Shantychor der evangelischen Schiffergemeinde Minden unter Leitung von Pastor Wiesner.

Von der Kreispolizeibehörde Minden waren das Kommissariat Vorbeugung, Erste Kriminalhauptkommissarin Gundi Evers und der Bezirksdienst der Polizeihauptwache Minden, Polizeihauptkommissar Frank Meier, beteiligt.

Auch die Bundespolizei war vertreten mit Polizeihauptmeister Ulrich Stock. Das Weserlied wurde gemeinsam zum Schluss des Seniorentages gesungen. Dieter Pohl hatte dazu den Seniorenbeirat auf die Bühne gebeten, um mit dem Shantychor und den Besuchern zu singen.

Alle waren sich einig, dass es eine solche Veranstaltung im Jahr 2006 wiederholt werden sollte.

*Dieter Pohl*



*Landrat Wilhelm Krömer engagierte sich beim Mindener Seniorentag für die Einrichtung einer geriatrischen Abteilung im neuen Klinikum.*

# HANDBUCH ALTENGERECHTE STADT

## Ein Wegweiser für alle Generationen

Das Buch ist eine Fundgrube – für wen? Für alle, denen Engagement und Politik für lebenswerte Städte am Herzen liegen. Das sind keineswegs nur seniorenpolitisch Aktive, das sind vor allem jene Menschen, die Lebensraum gestaltende Entscheidungen in unseren Städten und Kommunen zu treffen haben. Das Handbuch, in dem die Forschungsergebnisse des Projektes »Altengerechte Stadt« zusammengefasst sind, bietet eine umfangreiche Palette von Themen, die konsequent das Bild und damit die Rolle des älteren Menschen in unserer Gesellschaft beschreibt und sich dabei auf aktuelle Umfragen, Interviews und Auswertungen von Workshops bezieht.

Was an Einstellungen, Verhaltensweisen, körperlichen, sozialen oder geistigen Eigenarten an alten Menschen aufgezeigt wird, ist das Ergebnis einer Mischung aus kulturellen Sichtweisen und persönlichen Eigenarten, aus sozialen Prägungen und gemachten Lebenserfahrungen, aus individuellen Anlagen und gesellschaftlichen Zwängen, aus vorgegebenen sozialen Mustern und biologischen Tendenzen, denen man sich nicht entziehen kann. »Alter« ist nicht gleich versorgungsbedürftig, eine Tatsache, der sich viele Entscheidungsträger noch immer nicht bewusst sind.

Es geht – und das nicht erst seit heute – um eine aktive Teilhabe älterer Menschen an der Stadt. Das bedingt, dass Ältere eine neue Rolle im Bewusstsein unserer Gesellschaft einnehmen.

### An wen richtet sich dieses Handbuch?

In erster Linie ist es eine wichtige Handhabe für die Seniorenvertretungen, kommunale Verwaltungen und Wohnungsunternehmen im Land Nordrhein-Westfalen, die ihre Erfahrungen und Vorstellungen mit in das Handbuch eingebracht haben.

Dieses Buch darf nicht nur auf den Schreibtischen der Sozialdezernen-

ten liegen bleiben. Es muss künftig eine wichtige Diskussionsgrundlage für alle Bauplaner und Wohnungsbauunternehmen sein. Sie erhalten damit konkrete Anregungen, ihre Bürger und Mieter nicht nur als einen »demografischen Faktor« zu »verarbeiten«. Durch die praxisbezogene Aufarbeitung wird allen bewusst, wie viel aktive Potenziale älter werdende Menschen in eine Kommune einbringen können.

Auf lokaler Ebene sind unter anderem politische Parteien und ihre Vertreter angesprochen, die Seniorinnen und Senioren nicht nur als Wählerstimmen wahrnehmen wollen.

Nicht zuletzt richtet sich das Buch an die jüngere Generation. Das Bewusstsein, dass alles, was für »Alte« gut ist, auch für junge Menschen von Vorteil ist, hat noch immer nicht ausreichend in der Gestaltung unserer Lebensräume gegriffen. Das Handbuch weist sinnvolle, konkrete und praktische Wege auf, dieses Ziel zu erreichen.

Zum Beispiel haben die Städte Rheine, Arnsberg, Hamm und Köln auf verschiedene Weise innovative Projekte entwickelt, bei denen die Teilhabe von Bürgern im Mittelpunkt steht. In Rheine gibt es Werkgruppen für Jüngere und Ältere – von der Stadt

bezuschusst – die Kleinigkeiten für den Hausgebrauch, Basarverkäufe und Spielplatzgeräte herstellen. Darüber hinaus gibt es die Spielplatz-Opas, Patenschaften für Spielplätze und Außenanlagen und Vorlese-Omis. Die Stadt Arnsberg ist am bundesweiten Modellprogramm EFI (Erfahrungswissen für Initiativen) beteiligt. Engagierte Menschen erhalten die Möglichkeit, sich kostenlos weiter zu qualifizieren. Als sogenannte Senior-Trainer können sie ihr Wissen und ihre Erfahrung zum Wohl der gesamten Bevölkerung einbringen. Die Projekte »Wohnen im Alter« und »Bürger für Bürger« haben zum Ziel, die Mitgestaltung an der Stadtentwicklung mit unterschiedlichen Methoden zu erreichen.

In Hamm gibt es die Agentur für gesellschaftliches Engagement (AGE). Ein Modell, in dem Menschen schon in den Betrieben, das heißt vor ihrem Ausscheiden, angesprochen werden. Es handelt sich um große Betriebe wie MAN, DUPONT oder Bergwerk Ost. Dies sind nur einige Beispiele.

Die Erkenntnis, dass es die »Alten« als homogene Gruppe nicht gibt und soziale Bedürfnisse der älteren Generation sehr unterschiedlich sind, führt zu dem Fazit, dass auch seniorenpolitische Ziele und Angebote unterschiedliche Formen haben. In Köln wurde deshalb das Projekt »Senioren-Netzwerke« ins Leben gerufen. In zwölf Kölner Stadtteilen mit erhöhtem Altenhilfebedarf wurden Netzwerkkoordinatoren eingesetzt, die nach den Interessen im Stadtteil fragen, was die Senioren machen sollen und was sie brauchen, um dies selbst umzusetzen.

Wie gesagt: das Handbuch »Altengerechte Stadt« ist eine Fundgrube und Wegweiser für interessierte Menschen aller Generationen

*Elke Seul*

*»Alt werden ist nichts für Feiglinge«*

*Mae West*



## Aufsuchende Pflegeberatung der Stadt Herford und des Kreises Herford

**Z**um Pflegefall kann jeder werden, ob jung oder alt. Doch was bedeutet häusliche Pflege für Bedürftige und Pflegende? Wann ist professionelle Hilfe und Unterstützung notwendig und sinnvoll? Wer hat Anspruch auf Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz? Wann empfiehlt sich eine Pflege im Heim? Wie kann der Pflegealltag organisiert werden?

Dieses sind nur einige der zahlreichen Fragen, die ein Pflegefall bei plötzlicher Krankheit oder Gebrechlichkeit in der Familie aufwirft.

Die Aufsuchende Pflegeberatung der Stadt Herford und des Kreises Herford berät, unterstützt und informiert im Rahmen einer kostenlosen Träger unabhängigen Beratung rund um die Pflege und bietet Hilfen und Unterstützung bei sozialen Fragestellungen. Der folgende Fall soll die facettenreiche Arbeit der Beratungsstelle verdeutlichen:

Im Februar ruft Frau A., geb. 1920, bei der Aufsuchenden Pflegeberatung an und erklärt, dass sie nicht mehr in der Lage ist, alle anfallenden Arbeiten im Haushalt selbstständig auszuführen. Frau A. ist alleinstehend und hat keine Angehörigen. Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Aufsuchenden Pflegeberatung vereinbart einen Hausbesuch. Der Hilfebedarf für Frau A. liegt insbesondere beim Fensterputzen, Gardinen waschen, Reinigung des Bades, Hausflur-, Keller- und Bodenreinigung sowie Einkauf von schweren Lebensmitteln. Frau A. legt ein Attest ihres Hausarztes vor, in dem ihr ein Hilfebedarf von fünf Stunden wöchentlich attestiert wird. Zusätzlich zu den oben genannten Hilfestellungen ist auch eine Begleitung bei Arztbesuchen und Behördengängen als notwendig erachtet worden. Die Aufsuchende Pflegeberatung stellt für alle zu diesem Zeitpunkt erforderlichen Hilfestellungen einen Bedarf von zwei Stunden wöchentlich fest. Mit dem Hausarzt wurde diese Regelung besprochen. Die Leistungen sollen von einer Nachbarin zum

Stundensatz von acht Euro erbracht werden. Die Aufsuchende Pflegeberatung überzeugt sich in einem Gespräch mit der Nachbarin, dass diese für die zu erbringenden Hilfestellungen geeignet ist. Frau A. hat bislang keine Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten. Gemeinsam mit Frau A. wird bei ihr zu Hause ein Sozialhilfegrundantrag aufgenommen.

Im Juni 2000 erfolgt durch die Aufsuchende Pflegeberatung eine Bedarfsverlaufsüberprüfung und eine Qualitätskontrolle. Die bewilligten Leistungen entsprechen dem Bedarf und die Hilfestellungen durch die Nachbarin sind nicht zu beanstanden. Im November 2000 teilt die Nachbarin der Aufsuchenden Pflegeberatung mit, dass sie ab dem 1. Januar 2001 für die Hilfestellungen bei Frau A. aus privaten Gründen nicht mehr zur Verfügung steht.

Da Frau A. keine Alternativen hat, sucht sie sich einen Pflegedienst. Bei einem Hausbesuch mit dem Pflegedienst wird ein Pflegeplan aufgestellt, der sich im Rahmen des bewilligten Zeitkontingentes bewegt. Die Leistungen sollen von einem Zivildienstleistenden erbracht werden.

Im April 2001 informiert Frau A. die Aufsuchende Pflegeberatung, dass der Zivildienstleistende häufig angibt keine Zeit zu haben und auch schon einige Male gar nicht gekommen ist. Sie habe das auch schon beim Pflegedienst gemeldet, aber es sei nicht besser geworden. Die Aufsuchende Pflegeberatung nimmt Kontakt zur Pflegedienstleitung auf und bespricht die Situation von Frau A. Es stellt sich heraus, dass der Zivildienstleistende nicht die zu erwartende Zuverlässigkeit mitbringt. Bei Frau A. wird ein anderer Zivildienstleistender eingesetzt. Im Dezember 2001 stürzt Frau A. und verletzt sich erheblich. Im Krankenhaus bekommt sie zudem eine Lungenentzündung und wird im Februar 2002 entlassen. Im Rahmen eines Pilotprojektes erhält sie vorläufig die Pflegestufe 1. Die erforderlichen Hil-

festellungen sind nun weit höher und umfassen auch personenbezogene Hilfen. Die Aufsuchende Pflegeberatung stellt gemeinsam mit dem Pflegedienst einen Pflegeplan auf.

Zehn Tage nach der Entlassung aus dem Krankenhaus stellt der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) in einer Begutachtung fest, dass die Voraussetzungen der Pflege-

### **Pflegeberatung ist und bleibt ein wichtiges Thema**

*Die Untersuchung der Pflegeberatungsstellen durch den WDR in Kooperation mit der Landesseniorenvertretung in 2004 löste viel Wirbel aus und leider nicht immer seriöse Reaktionen in der Presse. Auf eine Gesamtveröffentlichung der Ergebnisse hat die Landesseniorenvertretung NRW (LSV NRW) bewusst verzichtet. Was die Landesseniorenvertretung mit der Beteiligung an der Untersuchung erreichen wollte, haben wir in der NUN REDEN WIR - Ausgabe 50 - sowie in Schreiben an die Seniorenvertretungen und an Kommunen, die auf die LSV NRW zu kamen, ausführlich dargestellt. In einigen Kommunen gab es darauf hin auch Verbesserungen, oftmals zumindest Aufmerksamkeit für diesen wichtigen Bereich und mehr Sensibilität. Eine im »Forum Sozialstation« (135, August 2005, Seiten 12 bis 20) kürzlich veröffentlichte und kommentierte Studie durch die Universität Bielefeld zum Thema »Patienten und Pflegeberatungsstellen« bestätigte die Ergebnisse der 2004 durchgeführten Untersuchung in manchen Teilen – leider. Aber es gibt bei aller notwendigen und berechtigten Kritik auch gute Beispiele für Pflegeberatungen.*

*Wir freuen uns daher, dass die Pflegeberatung aus der Stadt und dem Kreis Herford unser Angebot zur Darstellung ihrer Arbeit angenommen hat und den folgenden Beitrag an die NUN REDEN WIR gesandt hat.*

*Barbara Eifert*

stufe I nicht gegeben sind. Insgesamt wären 90 Minuten erforderlich, 51 Prozent für Pflege, 49 Prozent für hauswirtschaftliche Hilfe. Frau A. erhebt auf Anraten der Aufsuchenden Pflegeberatung Widerspruch gegen diesen Bescheid. Die Begründungen wurden mit der Aufsuchenden Pflegeberatung besprochen. Dem Widerspruch wurde vier Wochen später stattgegeben. Frau A. erhält Pflegestufe I.

In der Wohnung von Frau A. sind einige Veränderungen erforderlich. Die Aufsuchende Pflegeberatung macht einen Termin zusammen mit der Wohnraumanpassungsstelle.

Im September 2002 teilt der Pflegedienst der Aufsuchenden Pflegeberatung mit, dass sich der Gesundheitszustand der Frau A. erheblich verschlechtert habe. Die Leistungen sind nicht mehr ausreichend. Ein neuer Pflegeplan wird gemeinsam mit dem Pflegedienst erstellt.

Gleichzeitig wird bei der Pflegekasse ein Verschlechterungsantrag gestellt. Die Aufsuchende Pflegeberatung nimmt am Begutachtungstermin des MDK teil. Es wird ein Hilfebedarf von 205 Minuten täglich festgelegt. Frau A. wird durch den MDK in die Pflegestufe II eingestuft.

Da Frau A. nun auch nicht mehr in der Lage ist, ihre Vermögensangelegenheiten und ihre Gesundheitsfürsorge selber zu regeln wird die Betreuungsstelle informiert, um die Notwendigkeit einer gesetzlichen Betreuung zu überprüfen.

Im Januar 2003 wird ein Hausbesuch mit der Betreuerin bei Frau A. durchgeführt. Der Gesundheitszustand von Frau A. ist unverändert. Die Pflegeleistungen des Pflegedienstes sind ausreichend und qualitativ nicht zu beanstanden. Es wird eine Wiedervorlage für Juli 2003 angesetzt.

Der Soziale Aussendienst/Aufsuchende Pflegeberatung (SAD) der Stadt und die Aufsuchende Pflegeberatung des Kreises Herford verstehen sich im Rahmen der Pflegeberatung als Träger unabhängiger (neutraler) aufsuchender Beratungsdienst - auch im

Sinne von Verbraucherschutz - der ein umfassendes Case-Management leistet.

Zentrales Ziel ist die möglichst optimale Versorgung der hilfe- und pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger und damit die Unterstützung eines möglichst selbstständigen und selbstbestimmten Lebens in der gewohnten Umgebung unter Berücksichtigung der individuellen Gegebenheiten. Durch die Methode des Case-Management soll eine umfassende Hilfeplanung, Organisation und Vernetzung mit der Nachweisbarkeit über Kosten, Zeitaufwand und Wirksamkeit sozialarbeiterischen Handelns verbunden werden. Durch Case-Management und genauer Analyse vor Ort unter Beachtung und Einbeziehen des vorhandenen Hilfenetzes und weiterer professioneller Dienste soll eine passgenaue Versorgung der Menschen sichergestellt werden.

Daraus ergeben sich folgende Teilziele:

- a) Möglichst langer Verbleib in der eigenen Wohnung (ambulant vor stationär)
- b) Möglichst große Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit in der Wohnung
- c) Möglichst hohe Wirksamkeit der Beratung (Effektivität)
- d) Möglichst hohe Wirtschaftlichkeit (Effizienz)

## **Die Aufgaben der Aufsuchenden Pflegeberatung**

Die Arbeit des SAD/Aufsuchende Pflegeberatung lässt sich in folgende Aufgabenkomplexe unterteilen:

1. Aufsuchende Pflegeberatung und Case-Management, 2. Begutachtung und Bedarfsfeststellung sowie 3. Pflegeplanung und Qualitätskontrolle.

### **1. Aufsuchende Pflegeberatung und Case-Management**

Der SAD/Aufsuchende Pflegeplanung berät in allen Fragen rund um die Pflege, ist Ansprechstelle und gegebenenfalls Vermittlungsinstanz für eine Vielzahl von Fragestellungen. Dabei wird der gesetzliche Auftrag zur Beratung (§ 4 PfG NW) mit Kostensteuerungseffekten verbunden.

Durch eine rechtzeitige, zielgerichtete und fachliche Beratung lassen sich Folgekosten häufig vermeiden oder reduzieren. Beispiele hierfür sind: Die Beratung pflegender Angehöriger, das Erschließen familiärer und nachbarschaftlicher Hilfen sowie die konsequente Verfolgung des Subsidiaritätsprinzips.

Im Rahmen der Beratung werden folgende Aspekte beleuchtet und gegebenenfalls Lösungsmöglichkeiten entwickelt:

Persönliches Umfeld und häusliche Situation, Wohnumfeld, Soziale Situation, Kommunikation.

Vor dem Hintergrund eines ganzheitlichen Ansatzes bezieht der SAD/Aufsuchende Pflegeberatung bei der Beratung alle relevanten sozialen Hilfesysteme (Gesetzliche Betreuungen nach § 1896 BGB, Eingliederungshilfe, FED usw. effektiv und zielgerichtet zur Absicherung der notwendigen Pflege ein. Der erste Schritt ist dabei die leistungsrechtliche Überprüfung. Bei übersteigendem Einkommen beziehungsweise Vermögen wird den Bürgern im Rahmen des Verbraucherschutzes als Serviceleistung eine umfassende Beratung angeboten.

Bei der leistungserschließenden Beratung in Bezug auf weitere Sozialleistungen wie Wohngeld, Grundsicherung, Blindengeld, Pflegeversicherung, KOF, Leistungen des Versorgungsamtes usw., sind die sozialhilferechtlichen Grundsätze, insbesondere die Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit (§ 11 SGB XII), das Herstellen der Nachrangigkeit der Sozialhilfe (§ 2 SGB XII) und der Vorrang der offenen Hilfe (§ 13 SGB XII) von besonderer Bedeutung. Bei immobilien Klienten werden die entsprechenden Anträge zu Hause aufgenommen.

### **2. Begutachtung und Bedarfsfeststellung**

Die gutachterliche Tätigkeit des SAD/Aufsuchende Pflegeberatung unterscheidet sich maßgeblich von der Arbeitsweise des MDK. Während der MDK sich im Wesentlichen auf seine gutachterlichen Stellungnah-

men beschränkt, geht das Aufgabenspektrum des SAD/Aufsuchende Pflegeberatung weit darüber hinaus.

Begutachtung bzw. Bedarfsfeststellung erfolgt beim anspruchsberechtigten Personenkreis auf Hilfe zur Pflege nach §§ 61 ff SGB XII.

Begutachtet werden Nicht-Krankenversicherte und Krankenversicherte, die die Vorversicherungszeit für die Pflegeversicherung nicht erfüllt haben. Auf Grundlage der Richtlinien und Vorgaben des Sozialgesetzbuches XI führt der ermittelte Pflegebedarf analog der Pflegeversicherung in eine der drei Pflegestufen oder in die Bedarfsklasse 0+.

Die Bedarfsermittlung erfolgt in der Klasse 0+ sowie bei übersteigendem Pflegebedarf in den einzelnen Stufen. Hier sind drei Varianten möglich:

Durch den MDK wurde bereits eine der drei Pflegestufen anerkannt. Hier wird der übersteigende Bedarf vom SAD/Aufsuchende Pflegeberatung ermittelt.

Der MDK hat den Pflegebedarf nicht in der Höhe gesehen, der für eine Einstufung erforderlich ist. Hier wird die Bedarfshöhe in der Klasse 0+ festgelegt.

Wenn eindeutig fest steht, dass die Kriterien für eine Einstufung nicht erfüllt werden, wird der Hilfebedarf ohne Einschaltung des MDK ermittelt.

### 3. Pflegeplanung und Qualitätskontrolle

Nach der differenzierten Bedarfsermittlung erfolgt die Pflegeplanung. In diesen Prozess sind immer die Hilfebedürftigen und die Pflegenden (Pflegedienste, Familienangehörige, Nachbarn, private Kräfte) involviert. Im Mittelpunkt steht dabei der Hilfebedürftige Mensch. Die punktgenaue Versorgung unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse bilden dabei die Leitlinie des sozialarbeiterischen Handelns. Dabei wird von einer selbstständigen Lebensführung der Hilfebedürftigen ausgegangen, auch wenn sie beeinträchtigt ist. Die Person soll in ihrer Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit gestärkt werden. Selbsthilfepotenziale und Ressourcen im familiären und nachbarschaftlichen Umfeld werden ermittelt und akquiriert. Im Neufall nach vier bis sechs Wochen, bei laufenden Fällen halbjährlich werden die durch den Sozialhilfeträger bewilligten Leistungen hinsichtlich der Qualität und der erforderlichen Quantität überprüft. Aus dieser Qualitäts- und Bedarfsverlaufskontrolle, die primär im Interesse des Pflegebedürftigen durchgeführt wird, resultiert ein effektives wirtschaftliches Controlling. Allein durch das Anpassen und Ausarbeiten von Pflegeplänen gemeinsam mit den Pflegebedürftigen und Pflegediens-

ten, den bedarfsgerechten Einsatz von Hilfsmitteln oder anderes, Akquisition familiärer und nachbarschaftlicher Hilfepotenziale sowie die Vermittlung privater Hilfskräfte ist ein effizienter Mitteleinsatz sichergestellt.

### Fazit

Das eine bedarfsgerechte Versorgung und Kostensteuerungseffekte durch das Entwickeln individuell passgenauer Lösungen mit und für den Hilfebedürftigen keine Gegensätze sind, beweist der SAD/Aufsuchende Pflegeberatung seit Jahren. Dabei ist nicht die Qualität als Berater allein gefragt, sondern die als Moderator mit Letztverantwortung, die im Prozess der Hilfe die Bedürfnisse der Klienten einschätzen, die die Planung und Sicherung der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen koordinieren, die Prioritäten setzen und gegebenenfalls zukünftige Standards erarbeiten bzw. festlegen und für ihre Einhaltung sorgen.

In Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen muss soziale Arbeit zunehmend den Nachweis über Effektivität und Effizienz ihres Handelns erbringen. Der SAD/Aufsuchende Pflegeberatung trägt diesem veränderten Selbstverständnis von Sozialarbeit Rechnung, das sich wirkungs- und ergebnisorientiert ausgerichtet hat und den Klienten im Sinn von Empowerment unterstützt und berät.

## DER TRICK MIT DEM »ENKEL«, DER DRINGEND GELD BENÖTIGT

**Z**ur Zeit haben die Betrüger wieder Hochkonjunktur, die es mit dem sogenannten »Enkel-Trick« vor allem auf Bargeld älterer Menschen abgesehen haben. Immer wieder fallen ältere Mitbürger auf die miesen Machenschaften herein. Sie gehen folgendermaßen vor:

Die Täter nehmen telefonisch Kontakt mit älteren Menschen auf. Die Täter sind rhetorisch sehr geschickt und schaffen es, aus dem Gespräch mit den Opfern die Informationen herauszulocken, die üblicherweise Familienmitgliedern vorbehalten sind.

Sie erwecken den Eindruck, Familienangehörige oder ein guter Bekannter zu sein und täuschen eine akute Notlage vor. Sie bitten um hohe Bargeldbeträge, weil sie sich zum Beispiel ein neues Auto gekauft und sich dabei finanziell übernommen haben. In anderen Fällen wurde die Geldnot mit einem Unfall oder einer schweren Krankheit begründet.

Der psychische Druck auf die älteren Menschen wird durch mehrere Anrufe in kurzer Zeit erhöht, und die Täter bitten um absolute Verschwiegenheit. Weil sie nicht selbst kommen kön-

nen, vereinbaren sie mit ihren Opfern ein geheimes Wort, mit dem sich eine den älteren Menschen unbekannt Person als berechtigt zu erkennen gibt, das Geld persönlich abzuholen.

Wenn der angerufene Senior oder die Seniorin nicht mobil ist, schicken die Täter ein Taxi zur Adresse, damit der Gang zur Bank ermöglicht wird.

**Wenn Sie misstrauisch sind, und das sollten Sie in solchen Fällen immer sein, dann rufen Sie die Polizei an. Scheuen Sie nicht den Notruf 110.**

# MITGLIEDER DER LAGSO STELLEN SICH VOR

Auf dieser Seite fanden sie in den letzten drei Jahren jeweils die Vorstellung eines der Mitglieder der LAGSO (Landesarbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen Seniorenorganisationen). Vorgestellt haben sich die Senioren-Union, der Bund der Ruhestandsbeamten NRW, DGB Bezirk NRW, der GEW Landesverband NRW, die LAG Altenpolitik Bündnis 90/Die Grünen, die LIBERALEN SENIOREN NRW, die SPD AG 60 plus NRW und Ver.di NRW. Die LAGSO-Mitglieder treffen sich unter Federführung der

Landesseniorenvertretung zweimal jährlich und stimmen sich in seniorenpolitischen Fragen, zum Beispiel bei der Erarbeitung von Wahlprüfsteinen auf der Landesebene, ab. Die zweite LAGSO-Sitzung 2005 fand im Rahmen der Seniorenmesse vitacitiv am 4. November in Essen statt. Leider konnte Heinz-Erich Hofmann,

der die LIBERALEN SENIOREN NRW in den letzten zwei Jahren in der LAGSO vertreten hatte, nicht mehr an dieser Sitzung teilnehmen, da er im Sommer plötzlich und unerwartet verstarb. Die nächste Sitzung der LAGSO ist für das Frühjahr 2006 geplant.

Barbara Eifert

## Stufen

Wie jede Blüte welkt und jede Jugend  
Dem Alter weicht, blüht jede Lebensstufe,  
Blüht jede Weisheit auch und jede Tugend  
Zu ihrer Zeit und darf nicht ewig dauern.  
Es muss das Herz bei jedem Lebensrufe  
Bereit zum Abschied sein und Neubeginne,  
Um sich in Tapferkeit und ohne Trauern  
In and're, neue Bindungen sich zu geben.  
Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne,  
Der uns beschützt und der uns hilft zu leben.

Wir sollen heiter Raum um Raum durchschreiten,  
An keinem wie an einer Heimat hängen,  
Der Weltgeist will nicht fesseln uns und engen,  
Er will uns Stuf' um Stufe heben, weiten.  
Kaum sind wir heimisch einem Lebenskreise  
Und traulich eingewohnt, so droht Erschlaffen,  
Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise,  
Mag lähmender Gewöhnung sich entrafen.  
Es wird vielleicht auch noch die Todesstunde  
Uns neuen Räumen jung entgegen senden,  
Des Lebens Ruf an uns wird niemals enden...  
Wohlan denn. Herz, nimm Abschied und gesunde.

Hermann Hesse



Bild-Kollage: Dietmar Seul

Weihnachten steht vor der Tür und damit auch kurz drauf ein neues Lebensjahr. Wir hoffen mit Ihnen allen auf besinnliche Stunden, die einfach lebensnotwendig sind. Vielleicht regt das Gedicht von Hermann Hesse viele gute Gedanken an. Die wiederum, so wünschen wir Ihnen und uns, produzieren im kommenden Jahr viele zündende Ideen und Initiativen für unsere gemeinsame Arbeit.

Ihr Redaktionsteam von NUN REDEN WIR

### Impressum:

**NUN REDEN WIR** ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

### Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.,  
Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50,  
Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: [www.lsv-nrw.de](http://www.lsv-nrw.de) E-Mail: [info@lsv-nrw.de](mailto:info@lsv-nrw.de)

Gefördert mit Mitteln des Ministerium für Generationen,  
Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-  
Westfalen in Düsseldorf.

**V.i.S.d.P.:** Dr. Uta Renn

**Redaktion:** Elke Seul (fdS)

**Wiss. Beratung u. Mitarbeit:** Barbara Eifert

**Korrektur:** Eleonore Köth-Feige, Rolf Kauls

Die Redaktion behält sich Änderungen und Kürzungen vor.  
**Satz und Druck:** Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37,  
48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung  
der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

**Die nächste Ausgabe erscheint im März 2006.**

Thema: »Generationen«

**Redaktionsschluss 15. Februar 2006**